

Stadt Heidelberg

Federführung:
Dezernat III, Amt für Soziales und Senioren

Beteiligung:

Betreff:

**Konzeption zur Weiterentwicklung der
Arbeit in den Seniorenzentren**

Informationsvorlage

Beschlusslauf

Die Beratungsergebnisse der einzelnen Gremien
beginnen ab der Seite 2.2 ff.
Letzte Aktualisierung: 02. August 2010

Beratungsfolge:

Gremium:	Sitzungstermin:	Behandlung:	Kenntnis genommen:	Handzeichen:
Sozialausschuss	13.07.2010	Ö	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	
Gemeinderat	28.07.2010	Ö	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	

Inhalt der Information:

Der Sozialausschuss und der Gemeinderat nehmen die Konzeption zur Weiterentwicklung der Arbeit in den Seniorenzentren zur Kenntnis.

Sitzung des Sozialausschusses vom 13.07.2010

Ergebnis der öffentlichen Sitzung des Sozialausschusses vom 13.07.2010

2 ö **Konzeption zur Weiterentwicklung der Arbeit in den Seniorenzentren** Informationsvorlage 0108/2010/IV

Es melden sich zu Wort:

Stadtrat Krczal, Stadträtin Dr. Greven-Aschoff, Stadtrat Gund, Stadträtin Stolz, Stadträtin Dr. Lorenz, Stadträtin Deckwart-Boller

Frau Fabig und Herr Reinhard erläutern den Inhalt der Vorlage und schlagen – vorbehaltlich der Haushaltssituation – vor, zunächst ein neues Seniorenzentrum auf dem Berg (Boxberg / Emmertsgrund) einzurichten bevor als weiterer Schritt eine Personalaufstockung in den bestehenden Seniorenzentren von 1 Fachkraft auf 1,5 Fachkräfte zuzüglich einer halben Hauswirtschaftskraft notwendig wäre. Für das neue Seniorenzentrum ist mit jährlichen Betriebskosten von insgesamt 160.000 Euro zu rechnen. Eine Vorlage hierzu gebe es im Rahmen der Haushaltsberatungen. Unabhängig vom Standort solle das neue Seniorenzentrum Angebote in beiden Stadtteilen machen.

Stadtrat Krczal lobt die Arbeit der Seniorenzentren, die aus der Stadt nicht mehr wegzudenken sind. Er stellt einen **Antrag der SPD** vor, der als **Anlage 1** zur Vorlage in Form einer **Tischvorlage verteilt** wird.

Stadträtin Dr. Lorenz weist darauf hin, dass ihre Fraktion einen ähnlichen Antrag bereits in den Beratungen zum Doppelhaushalt 2009/2010 gestellt habe.

Stadträtin Dr. Greven-Aschoff teilt nicht die Fokussierung der SPD auf die Emmertsgrundpassage als Standort. Sie erwartet von der Verwaltung Raumvorschläge in beiden Stadtteilen unter Berücksichtigung des Migrationshintergrunds.

Stadtrat Gund schlägt als möglichen Standort die Schule auf dem Boxberg vor.

Bürgermeister Dr. Gerner formuliert den **Antrag** der SPD-Fraktion unter Berücksichtigung des Diskussionsverlaufs wie folgt und stellt diesen zur Abstimmung:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, ein Anforderungsprofil für ein Seniorenzentrum „Auf dem Berg“ für die Stadtteile Boxberg und Emmertsgrund vorzulegen.

Dabei soll insbesondere die räumliche Unterbringung in der Emmertsgrundpassage (GGH) oder alternativen Standorten in beiden Stadtteilen geprüft werden.

Abstimmungsergebnis: beschlossen mit 12:0:1 Stimmen

gezeichnet

Dr. Joachim Gerner
Bürgermeister

Ergebnis: Kenntnis genommen mit Beschlussempfehlung und
Arbeitsauftrag

Sitzung des Gemeinderates vom 28.07.2010

Ergebnis: Kenntnis genommen

A. Prüfung der Nachhaltigkeit der Maßnahme in Bezug auf die Ziele des Stadtentwicklungsplanes / der Lokalen Agenda Heidelberg

1. Betroffene Ziele des Stadtentwicklungsplanes

Nummer/n: (Codierung)	+ / - berührt:	Ziel/e:
QU 3	+	BürgerInnenbeteiligung und Dialogkultur fördern
QU 5	+	Vielfalt der Lebensformen ermöglichen, Wahlfreiheit der Lebensgestaltung ermöglichen
SL 3	+	Stadtteilzentren als Versorgungs- und Identifikationsräume Begründung: Durch die unterschiedlichsten Beteiligungs- und Teilhabemöglichkeiten in den dezentralen Zentren, sowie niedrigschwelliger Beratung in allen Lebensfragen wird die individuelle Lebensplanung unterstützt und auch im hohen Alter ermöglicht. Ziel/e:
SOZ 3		Solidarität und Eigeninitiative, Selbsthilfe und bürgerschaftliches Engagement fördern
SOZ 10		Geeignete Infrastruktur für alte Menschen
SOZ 12		Selbstbestimmung auch alter, behinderter oder kranker Menschen gewährleisten
KU 2		Kulturelle Vielfalt unterstützen Begründung: Durch die fußläufige Erreichbarkeit der Zentren können auch Menschen mit Einschränkungen deren Angebote nutzen, sich einbringen und am Leben teilhaben. Die Serviceleistungen tragen zu einer Strukturierung des Tages und zum Knüpfen neuer Kontakte bei, die auch außerhalb des eigentlichen Angebots tragen. Migrationsgruppen treffen sich regelmäßig in den Seniorenzentren Ziel/e:
DW 2		Ein aktives, solidarisches Stadtteilleben ermöglichen
DW 4		Integration und interkulturelle Handlungsansätze fördern
DW 5		Unterschiedliche Bedürfnisse Älterer differenzierter berücksichtigen
DW 6		Generationenbeziehung und Generationensolidarität sowie das Ehrenamt stärken
DW 7		Beratungs- Dienstleistungs- und Serviceangebote im Stadtteil entsprechend der demographischen Entwicklung anpassen Begründung: Die Evaluation der Seniorenzentren 2008 hat sehr deutlich gemacht, dass die Seniorenzentren in erheblichem Maß zur Lebenszufriedenheit älterer Menschen beitragen können. Sie sind bekannt, werden gut angenommen, ihr Angebot richtet sich nach den Bedürfnissen von Älteren und ermöglicht darüber hinaus, dass ältere Menschen aktiv am Leben teilnehmen, sich einbringen, neue Kontakte knüpfen und im Bedarfsfall Hilfe und AnsprechpartnerInnen vorfinden. Darüber hinaus finden intergenerationelle und interkulturelle Begegnungen statt.

2. Kritische Abwägung / Erläuterungen zu Zielkonflikten:

Die Seniorenzentren leisten seit vielen Jahren eine anerkannte Arbeit. Dies hat auch der Evaluationsbericht eindrücklich bestätigt. In den Zentren wird bereits die Altersspanne 55+ bis hin zu Hochaltrigen berücksichtigt, d.h. der Schwerpunkt der Arbeit liegt bereits auf mehreren Generationen. Die derzeitige Personalsituation in den Zentren ist nicht ausreichend, um den zukünftigen Herausforderungen gerecht werden zu können. Immer wieder kommt der Wunsch auf, die Seniorenzentren in Bürgerbegegnungsstätten für alle Generationen (Mehrgenerationenhäuser) weiterzuentwickeln. Dies ließe sich nur mit erheblichen Mehrkosten in Bezug auf Räumlichkeiten und Personal umsetzen, was angesichts der prekären Haushaltssituation illusorisch erscheint. Darüber hinaus sind die Lebenswelten von z.B. Kleinkindern und Hochaltrigen sehr unterschiedlich, so dass es sehr schwierig ist, alle Lebensalter zu erreichen. Im Zweifelsfall fühlen sich die Hochaltrigen dann nicht mehr wohl und bleiben der Einrichtung fern.

B. Begründung:

Am 26.03.2009 bzw. 21.04. 2009 wurden die Ergebnisse der Evaluation der Seniorenzentren in Heidelberg dem Sozialausschuss bzw. dem Gemeinderat vorgestellt. Die Verwaltung wurde beauftragt die in der Evaluation genannten Ergebnisse bzw. Empfehlungen aufzugreifen und ein Konzept zur Weiterentwicklung der Seniorenzentren zu erstellen unter Berücksichtigung der in der Vorlage genannten 5 Arbeitsschwerpunkte.

Die nachstehende Konzeption wurde mit den Trägern der Seniorenzentren abgestimmt.

1. Grundlagen

Die Arbeit der Seniorenzentren basiert auf dem Altenstrukturkonzept der Stadt Heidelberg von 1988. Darin ist als Ziel formuliert: „dem selbständigen, selbstverantwortlichen älteren Menschen die soziale Teilhabe zu gewährleisten und zu erhalten“.

Der Stadtentwicklungsplan 2010 hat dieses Ziel aufgegriffen und um die Forderung „gerontopsychiatrische Hilfen und Pflegemöglichkeiten“ auszubauen, ergänzt. Die Infrastruktur eines jeden Stadtteil muss es erlauben, dass die älteren Menschen sich in diesen integrieren und damit in ihrem gewohnten Umfeld bleiben können.

Der STEP 2015 wird um das Kapitel „Demographischer Wandel“ ergänzt. Die Lebenserfahrung älterer Menschen wird als wichtige Ressource gesehen, die in die gesellschaftlichen Bezüge integriert werden soll. Kommunales Handeln muss differenziert auf die unterschiedlichen Stärken und Schwächen eingehen. Das erfordert eine vorausschauende, entwicklungsoffene und flexible Planung. Die Stärkung der Generationenbeziehungen, der Generationensolidarität und des Ehrenamts werden dabei explizit genannt. Die Stadtteilangebote sollen sich auch an den Bedürfnissen der zunehmenden Anzahl Hochbetagter und Demenzkranker orientieren bzw. auch die Bedürfnisse der Mitbürgerinnen und Mitbürger mit Migrationshintergrund berücksichtigen. Flexible und individuelle Versorgungsnetzwerke haben Priorität, ggfs. muss es zu Spezialisierungen kommen.

Die Umsetzung der genannten Ziele auf Stadtteilsebene ist zu einem erheblichen Teil Aufgabe der Seniorenzentren. Sie sind dort die ersten Ansprechpartner für die Älteren. In ihrer Arbeit spiegeln sie den Stand der kommunalen Seniorenpolitik wider.

Der Fokus in der Arbeit der Seniorenzentren liegt auf der Vernetzung und Aktivierung von Nachbarschaften und Institutionen, dem Anbieten von Serviceleistungen und niedrigschwelliger Beratung, dem Einbeziehen von Menschen, die sich ehrenamtlich engagieren, sowie der intergenerationellen Begegnung und der Berücksichtigung der Interessen aller älterer Menschen, auch derjenigen mit Migrationshintergrund.

2. Evaluation der Seniorenzentren

Die inhaltliche Arbeit wird regelmäßig reflektiert.

Die Seniorenzentren wurden erstmals 1999 durch das Institut für Gerontologie evaluiert. Im Abschlussbericht wurde festgestellt, dass deren Betrieb wichtige Funktionen für die Aufrechterhaltung und Förderung der Lebenszufriedenheit, der sozialen Integration und der selbstverantwortlichen Lebensführung erfüllen.

Im Abschlussbericht der 2. Evaluation 2007/2008 hat das Gerontologische Institut bestätigt, dass die Arbeit der Seniorenzentren in hohem Maße die für ältere Menschen wichtigen Parameter zur Lebenszufriedenheit und Lebensqualität im Alter (Gesundheit, Selbstständigkeit, soziale Integration und Lebenssinn) in ihrer Arbeit umsetzen.

Zur inhaltlichen Weiterentwicklung der Seniorenzentren schlägt das Institut die Konzentration auf fünf Handlungsfelder vor, die sich in der Tagesroutine niederschlagen sollen:

1. Das Vorhalten Sozio-kultureller Angebote
2. Das Gewährleisten eines niederschweligen Beratungs- und Informationsangebots
3. Dienstleistungs- und Versorgungsangebote
4. Fokussierung auf Sozialräumliche Vernetzungsarbeit
5. Angebote für und Förderung von ehrenamtlichem Engagement

In den jährlichen Zielvereinbarungen mit den Seniorenzentren finden sich diese Vorgaben wieder. Schwerpunktthemen (Projekte) müssen stets auch die Besonderheiten der einzelnen Stadtteile berücksichtigen. Jedes Zentrum entscheidet sich vor Ort für den geeigneten Umsetzungsweg und stimmt ihn mit dem jeweiligen Träger und der Stadt ab.

3. Rahmenbedingungen

Der 2. Evaluationsbericht fordert:

1. Die Angebote der Seniorenzentren müssen für alle Bürgerinnen und Bürger wohnortnah nutzbar sein.
2. Die Fortentwicklung der inhaltlichen Schwerpunkte erfordert eine adäquate quantitative und qualitative personelle Ausstattung der Seniorenzentren

Nach Auffassung des Instituts für Gerontologie bestehen diesbezüglich Defizite. Diese Meinung wird von der Praxis geteilt.

Alle Stadtteile sind (ggfs. mit Dependancen) mit Seniorenzentren versorgt, ausgenommen sind die älteren Bürgerinnen und Bürger des Emmertsgrundes und des Boxberg. Das für sie nächste Seniorenzentrum befindet sich in Rohrbach-Süd (Hasenleiser).

Es ist offenkundig, dass die ergänzende Schwerpunktsetzung sowohl quantitativ als auch qualitativ höhere Anforderungen an die fachliche Arbeit der Zentren stellen.

Im Zuge von Einsparmaßnahmen wurde mit den Trägern der Seniorenzentren vereinbart, bei Personalwechsel die ursprüngliche Bemessung des Fachpersonals von 1,5 auf eine Kraft zu reduzieren. Dies wurde bis dato - auf Grund bestehender Verträge - noch nicht flächendeckend umgesetzt. Es zeigt sich aber, dass dort, wo nur eine Fachkraft tätig ist, auch unabhängig von den erweiterten Zielsetzungen, eine kontinuierliche Arbeit kaum geleistet werden kann.

Desweiteren weisen die Gerontologen darauf hin, dass die hauswirtschaftlichen Tätigkeiten, die Seniorenzentren vor erhebliche Probleme stellen. Um die Grundversorgung, z.B. beim stationären Mittagstisch, den Festen und Veranstaltungen gewährleisten zu können, bedarf es einer verlässlichen halben hauswirtschaftlich ausgebildeten Kraft. Die Praxis über Jahre hinweg hat nachhaltig gezeigt, dass dies nicht durch ehrenamtliche Mithilfe oder „1.-€ Jobber“ zu schaffen ist.

4. Zielsetzungen der nächsten Jahre

Die vorangegangenen Erläuterungen und Darstellungen machen deutlich, dass die städtische Altenpolitik und die Seniorenzentrumsarbeit eine gute Basis hat, auf der sich aufbauen lässt.

Die Seniorenzentren sollen sich zu „Kompetenzzentren“ für das Alter entwickeln. Kompetenzzentrum ist in diesem Kontext keine neue Etikettierung eines bereits bestehenden Angebots, sondern soll die künftige inhaltliche Arbeit und Aufgabenstellung der Seniorenzentren widerspiegeln.

Ältere Menschen sollen dort eine möglichst breite Palette von Dienstleistungen abrufen, Unterstützung erfahren und zu Fragen ihrer Lebenswelt unmittelbar Beratung oder kompetente Weitervermittlung erhalten können. Darüber hinaus sollen sie sich ehrenamtlich einbringen können; ebenso sind Angebote zur Weiterbildung und sinnvollen Freizeitgestaltung zu offerieren.

Der nachfolgende Katalog zeigt die Tätigkeitsfelder und Maßnahmen auf, die der Zielerreichung dienen:

- Sicherstellen der Versorgung und Infrastruktur wohnortnah (z.B. stationärer Mittagstisch, Aufdecken möglicher Lücken und Einsetzen dafür, diese zu schließen, Vermitteln ambulanter Hilfe....)
- Spezielle Angebote für das 4. Lebensalter (Bewegungsangebote, Gedächtnistraining, Angebote zur Erhaltung der Alltagskompetenzen, Angebote zur Pflegeprävention...)
- Spezifische Angebote für Männer oder Frauen (Fördern von Potentialen, Umgehen mit Verlusten, Erüierung der Wünsche und Bedürfnisse....)
- Zugehende Angebote ggfs. auch in der Häuslichkeit und in der Vernetzung mit den Sozialen Diensten (wenn notwendig z.B. gemeinsamer Hausbesuch, erstes Begleiten in die Einrichtung...)
- Verstärkt sozialräumliche Vernetzungsarbeit mit den Kirchen, Vereinen, Beratungsstellen, Pflegeanbietern, Institutionen vor Ort (ggfs. Bürgersprechstunde in den SZ, Belebung der Arbeitskreise, Austausch mit Ärzten Vermietern, Pflegediensten..., Andenken verstärkter Verzahnung, Lotsenfunktion der SZ..)
- Kooperation mit Schulen, Kindergärten, Jugendeinrichtungen, Entwickeln gemeinsamer Projekte (gemeinsame Workshops und Aktivitäten, Austausch und Begegnung...)

- Fehlenden Versorgungsstrukturen aufgreifen und transportieren bzw. selbst angehen. (z.B. Einrichten eines Hangbus, Bürgersprechstunde, fußläufige Einkaufsmöglichkeit...)
- Überprüfen der ehrenamtlichen Strukturen, Nutzen des Erfahrungswissen von Älteren, neue Ehrenämter Projekt bezogen anbieten und umsetzen, (z.B. durch Befragungen, Kooperation mit der Freiwilligenbörse u.a.)

Bei allen Beteiligten besteht Einigkeit darüber, dass der eingeschlagene Weg der richtige ist um die formulierten Ziele zu erreichen. Die Umsetzung hängt u.a. aber auch ganz entscheidend von einem weitergehenden finanziellen Engagement der Stadt ab.

Vor dem Hintergrund der gegenwärtigen kommunalen Finanzsituation erscheint eine umfassende Realisierung in einem Zuge kaum möglich. Man wird sich auf ein schrittweises Vorgehen im Rahmen eines mittelfristigen Zeithorizonts einlassen müssen. Dies bleibt jedoch der Willensbildung der städt. Gremien vorbehalten.

gezeichnet
Dr. Joachim Gerner

Anlagen zur Drucksache:

Nummer:	Bezeichnung
A 01	Inhaltlicher Antrag der SPD vom 13.07.2010 (Tischvorlage im Sozialausschuss am 13.07.2010)